

SSIP Mitteilungen

Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für internationale Probleme e.V.

Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 100 205 00) Konto 32719

7-
9

2001

Geschäftsstelle c/o Dr. Armin Triebel Wielandstr. 35 D-12159 Berlin
Fon (030) 85 10 33 90 Fax (030) 83 87 07 27
eMail atrieb@zedat.fu-berlin.de

Redaktion Berlin Dr. Armin Triebel Elisabeth Kallenbach, Akima Hamandia
Außenstelle Bonn Dr. Dieter Danckwortt Gierolstraße 45 D-53127 Bonn
Fon (0228) 28 30 75 Fax (0228) 28 30 85

.....SSIP zur Lage.....

Die Ereignisse in den USA und die Möglichkeit, den NATO-"Bündnisfall" zu erklären, wofür daraufhin unverzüglich der Weg frei gemacht wurde, haben uns vor Augen geführt, wie schnell ein "Krieg der Kulturen", den ein Huntington vor Jahren in verantwortungsloser Weise zum Deutungsschema der künftigen Weltgeschichte erklärt hat, zur Wirklichkeit gemacht werden kann. Es besteht die Gefahr, daß unüberlegtes politisches Handeln zu jener, inzwischen allgemein "clash of civilizations" genannten Verbunkerung erst führt, die als unausweichlich behauptet wurde. Angst müssen wir haben vor einer Eskalationsdynamik, falls die USA ein Land der islamischen Welt angreifen. Dann können wir nur hoffen, daß sich in der islamischen Welt Besonnenheit durchsetzt. Niemand darf sich jetzt in kurzschlüssiger Scheinlogik überzeugt sehen, daß "die Araber" oder "der Islam" das Böse an sich darstellen. Die Bilder, die sich die Menschen von der eigenen Bezugsgruppe und von "den Anderen" machen, beruhen nicht zum wenigsten auf verfestigten Traditionen und Interpretationsmustern. Wer wüßte das besser als diejenigen, die sich professionell mit interkultureller Kommunikation beschäftigen?

Die gegenwärtige Krise zeigt an, daß die Ziele, für die Organisationen wie der SSIP seit langer Zeit eintreten, nach wie vor nicht in Ansätzen erreicht und weiterhin brennend aktuell sind. Zwei Beobachtungen drängen sich vor allem auf. Zum einen zeigt auch diese Krise wieder, daß hinter der ingenieurmäßigen Kompetenz die soziale Intelli-

genz weit zurückgeblieben ist. Die Industriegesellschaften starren fasziniert auf technische Musterschauen wie die IAA oder die Internationale Funkausstellung, aber die Fähigkeit, soziale Konflikte im nationalen, geschweige denn im internationalen Maßstab zu handhaben, kommt in Lehrplänen kaum zum Tragen und wird in der wohlstandstrunkenen Gesellschaft selbstgefällig ignoriert.

Die Kurzsichtigkeit betriebswirtschaftlicher Kostenrechnung korrespondiert der technologischen Beschränktheit, die für den Blick der westlichen Öffentlichkeit typisch ist. Die Ziele der Anschläge vor drei Wochen waren wohlüberlegt: das zweitürmige Symbol der globalen Finanzwelt, der *masters of the Universe*, wie der Schriftsteller Tom Wolfe die Broker von New York genannt hat, und die Koordinationsstelle des militärischen Schutzschildes der westlichen Welt.

Die Völker Europas dürfen sich von keinem der beiden Kontrahenten als Geisel nehmen lassen: weder von den so genannten Terroristen, noch von militanten Verfechtern des Prinzips der Bereicherung um jeden Preis.

Die Fanatiker haben sich, verächtlich gegenüber ihrem eigenen Leben und dem Leben Anderer, eigenmächtig zu den Exekutoren jener aufgeschwungen, die sich in den Wirtschaftsstrukturen des "globalen Dorfes" ohnmächtig und verarmt sehen. Solange wie totale Armut, ewige Arbeitslosigkeit und ein Leben ohne Zukunft (Philippe Cardenal) auf die Rücksichtslosigkeit und den Egoismus von Geschäftemachern treffen, für die nichts zählt als der schnelle Gewinn aus ihren Börsentransaktionen, solange wird es nach Meinung des Direktors am *Institut du Monde Arabe* in Paris "immer neue Bin Ladens" ge-

ben. Ihrer wird die westliche Welt mit Militärschlägen und Polizeieinsätzen nicht Herr werden. Die Sicherheit der westlichen Industrieländer mit ihren empfindlichen technischen Strukturen läßt sich – das hat der Leiter des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Dieter Lutz, neulich betont – auf Dauer nicht mit Waffen, sondern *nur rechtlich und politisch schützen*.

Politik ist ohne wissenschaftsgestützte Strategien heute gar nicht mehr möglich. Damit rechtliche Abmachungen und politische Initiativen allgemeinere Anerkennung erfahren, bedarf es auf jeden Fall zweier Voraussetzungen. Die Verbindung beider ist dem Sozialwissenschaftlichen Studienkreis für internationale Probleme seit seiner Gründung das Anliegen: auf der wirtschaftspolitischen Ebene gerechte Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern herstellen und innerhalb und zwischen Gesellschaften eine Basis interkultureller Verständigung schaffen. In seiner diesjährigen Rede anlässlich der Entgegennahme des Ernst-Bloch-Preises der Stadt Ludwigshafen warnte der große alte englische Sozialhistoriker Eric J. Hobsbawm:

Statt den einigenden Utopien stehen wir heute den teilenden, und manchmal mörderischen, den Nationalismen, den Konfessionen, den wirklichen und erfundenen "Gemeinschaften": allgemein gesagt, den "kollektiven Identitäten", gegenüber.

Der Traum von einer Befreiung, die in Wirklichkeit Absonderung und Säuberung von "den Anderen" ist, sei die verhängnisvolle Utopie, die im 20. Jahrhundert zum Albtraum wurde. Wenn dieser zerstörerische Traum im 21. Jahrhundert weitergeträumt wird, dann wird der *clash of civilizations* Realität werden.

Kulturelle Sensibilisierung versucht systematisch, fremde Identitäten in ihrer Vielfalt und Differenziertheit wahrzunehmen und ernstzunehmen. Sie erschöpft sich nicht in der moralischen Ermahnung: Fremde Kulturen verstehen! Interkulturelle Kommunikation bedeutet auch: Bescheidenheit und Zuhören, den Dominanzanspruch des Westens in Frage stellen lassen. Zum Beispiel sollte sich die westliche Welt fragen, ob ihr Fortschrittsbegriff universalisierbar ist. Ist er uneingeschränkt aufrechtzuerhalten gegenüber Kulturen, deren Deutungstraditionen und Kollektivgedächtnisse älter sind als die der eu-

ropäischen Staaten und der USA zusammen? Unsensibilität vertieft die Gräben zu den Ländern der Dritten und insbesondere zu den Ländern und Gesellschaften der arabischen Welt.

Europa hat in seiner langen Geschichte der Glaubensspaltung und der Interessenkämpfe um Reichtümer und Ideologien ein Bewußtsein für Differenzen entwickeln können. Nach den Jahrhunderten, in denen es als kolonialer Unterdrücker Schuld auf sich geladen hat, gehört Europa endlich zu den Förderern der internationalen Staatengemeinschaft. Die USA haben jetzt, nach den Anschlägen von New York und Washington begonnen, ihre Schulden bei den UN abzutragen. Zu den Gemeinsamkeiten der Gesellschaften Europas, die sich zu einer europäischen Identität zu formen beginnen, gehört eine über Jahrhunderte gewachsene Bereitschaft, sich mit fremden Kulturen auseinanderzusetzen. Das ist ein guter Ausgangspunkt. Selten lag die Bedeutung, die kulturelle Lernprozesse für die Zukunft haben, so deutlich zu Tage wie gegenwärtig.

AT

Wegen des Anlasses präsentiert sich der *newsletter* mit einer geänderten Aufteilung:

... Die Themen diesmal...

Aktuelles.....	3
Mitteilungen.....	9
A. Politik Interkulturellen Handelns	9
B. Interkulturelle Bildung.....	10
C. Global Politics	11
E. Europa, europäische Identität	12
F. Aus der Forschung.....	13
G. Networking	14
I. Internationale Tourismuspolitik.....	14
J. Jugendpolitik.....	16
M. Migration und Ausländerpolitik.....	17
N. Nachrichten von unseren Mitgliedern	18
Tagungskalender.....	19
SSIP-Tagung in Bensberg.....	20

.....Aktuelles.....

Folgende Aufrufe anlässlich der Anschläge vom 11. September sind dem SSIP übermittelt worden. Wir halten es für nützlich, diese Texte zu dokumentieren, um Diskussion und Aktion zu fördern.

The Petition der Universität Chicago

Der folgende Text ist ein Aufruf an den US-Präsidenten Bush und andere führende Persönlichkeiten der Welt, in dem diese dringend aufgefordert werden, nicht mit Krieg auf die terroristischen Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon in dieser Woche zu reagieren. Die Verfasser fordern auf den Aufruf zu unterschreiben und ihn an so viele Personen wie möglich weiterzuschicken. Die Urheber wollen diesen Aufruf kettenbriefartig verbreiten, um "irgend eine Wirkung" zu erzielen. Sie weisen darauf hin, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten bereits eine Resolution verabschiedet habe, die jedwede militärische Aktion unterstützt, die Präsident Bush als geeignet erscheint. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Wir, die Unterzeichnenden, Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika und anderer Staaten der Welt, appellieren an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George W. Bush; an den NATO-Generalsekretär, Lord Robertson; an den Präsidenten der Europäischen Union, Romano Prodi und an alle Verantwortlichen weltweit, bei der Beantwortung der jüngsten terroristischen Anschläge auf die Vereinigten Staaten Maß und Zurückhaltung zu üben. Wir flehen darum, daß als Machtmittel nicht Krieg, Gewalt und Zerstörung angewendet werden, sondern daß — wo immer möglich — internationale rechtliche Institutionen und die Menschenrechtsvorschriften genutzt werden, um diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die für die Angriffe verantwortlich sind.

Darüber hinaus betonen wir, daß zwischen der Regierung eines Staates und terroristischen Gruppen, die innerhalb der Grenzen dieses Staates operieren, unterschieden werden muß. Eine Regierung darf nicht in unverhältnismäßiger Weise für die jüngsten Gewalttaten verantwortlich gemacht werden. Es folgt auch, daß die Regierung eines bestimmten Landes nicht für die Angriffe verurteilt werden kann, solange keine zwingenden Beweise ihrer Kooperation oder Komplizenschaft mit jenen Individuen, die tatsächlich die fraglichen Verbrechen begangen haben, vorliegen. Unschuldige Zivilisten, die in dem teilweise oder vollständig für die Verbrechen gegen die USA verantwortlich befundenen Land leben, dürfen nicht die Verantwortung für die Handlungen ihrer Regierungen tragen. Ihre Sicherheit und Immunität gegenüber militärischen und juristischen Aktionen gegen den Staat, in dem sie leben, muß garantiert sein.

Zum Schluß und mit größtem Nachdruck fordern wir, daß nicht auf atomare, chemische oder biologische Waffen oder andere Waffen mit wahlloser Zerstörungskraft zurückgegriffen wird. Wir betrachten es als unser unveräußerliches Menschenrecht, in einer Welt ohne solche Waffen zu leben.

Kontakt: <http://www.9-11peace.org/petition>

Terroranschläge in den USA: Brücken bauen, Gewalteskalation verhindern! Erklärung von Friedensorganisationen

Dieser Aufruf wurde initiiert von u.a. Attac Deutschland, Bonner Friedensbüro, Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Friedensausschuß der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker), Komitee für Grundrechte und Demokratie, PDS-NRW Landesvorstand.

Die Welt droht nach dem 11. September 2001 kälter und kriegischer zu werden. Mit dem Entsetzen und Mitgefühl für die Opfer und deren Angehörige verbindet sich auch die Furcht, daß die US-Administration nach dieser beispiellos brutalen Terroraktion in der Logik der Gewaltspirale zurückschlägt und neue Eskalationen folgen.

Nachzudenken ist auch über die politischen Bedingungen, die es möglich gemacht haben, daß ein Teil der Menschen in einigen Völkern "den Westen" und insbesondere die USA so haßt, daß eine Gruppe von Terroristen anscheinend meint, sich bei ihrem Massenmord auf diese Unterdrückten beziehen zu können. Wir sind mit den Menschen in den USA in ihrem Schock und Leiden uneingeschränkt solidarisch. Das kann aber nicht heißen, mit allen Entscheidungen der US-Regierung im "monumentalen Kampf", den "das Gute gegen das Böse" nach Präsident Bush jetzt zu führen hat, einverstanden zu sein und sich per NATO-Bündnisfall vielleicht an militärischen Racheaktionen zu beteiligen oder sie zu unterstützen. Militärschläge nützen weder den Opfern des Terrors noch sind sie ein geeignetes Mittel zur Verhinderung oder Eindämmung des Terrorismus.

Wir befürchten weiter: Mit den auf dem Verdacht gegen die Gruppe von Osama bin Laden oder andere islamische Fundamentalisten beruhenden Thesen von einer "Kriegserklärung gegen die zivilisierte Welt" (Bundeskanzler Schröder), könnte die bereits schon länger von christlich-abendländischen Fundamentalisten proklamierte Ansicht vom "Kampf der Kulturen" in den westlichen Gesellschaften gefährlichen Zulauf gewinnen. Die Trennung in eine "zivilisierte" und eine "unzivilisierte Welt" vertieft die Gräben. Es gibt keine Religion, die solche Terrorakte rechtfertigen würde. Jetzt kommt es darauf an, in unseren Gesellschaften keine Feindschaft gegen "den Islam" generell zuzulassen sondern vielmehr Brücken zu bauen.

Gegenüber blankem Terror gibt es keinen hundertprozentigen Schutz. Eine Politik, die den Terrorismus wirksam bekämpfen und eindämmen will, muß ihm den sozialen, politischen und ideologischen Nährboden entziehen, in dem er gedeiht. Ein Klima des Hasses und der Intoleranz und eine Politik, die Gewalt mit Gegengewalt und Gegengewalt mit neuer Gewalt beantwortet, bereitet auch den Boden für neue Terrorakte. Dem Terrorismus durch zivile Maßnahmen und durch die Stärkung des Rechts und der Gerechtigkeit den Boden zu entziehen ist langfristig das bessere Mittel als der Gedanke an Rache und militärische Vergeltung.

Trotz aller Wut und Trauer appellieren wir an die US-Regierung und deren Verbündete, besonnen und nicht mit militärischer Gegengewalt zu reagieren. Dies kann unser Beitrag dafür sein, daß ein weiteres Drehen an der Gewaltspirale verhindert werden kann.

Kontakt: friekoop@bonn.comlink.org

Offener Brief des Bundes für Soziale Verteidigung: Entsetzen und Sorge

Motto des Bundes für Soziale Verteidigung heißt: " Konflikte gewaltfrei austragen — Militär und Rüstung abschaffen". Seine Trägerorganisationen sind u.a. Bündnis 90/Die Grünen, Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Friedensausschuß der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker), Internationaler Versöhnungsbund, JUSOS Bundesverband, Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden, Pax Christi-Deutscher Zweig.

Wir sind entsetzt über die Ausmaße des Terrors, die die Anschläge in den USA angenommen haben. Es gibt keine Worte, das Furchtbare angemessen zu beschreiben oder überhaupt zu begreifen, welche Tragödien sich in den angegriffenen Gebäuden und den Flugzeugen abgespielt haben. Es gibt nur die Gewißheit, daß es unschuldige Menschen sind, die einem mörderischen Kalkül geopfert wurden. Und es gibt nur hilflose Gesten wie diese, um die Trauer und das Mitgefühl auszudrücken, das uns bewegt. Wir erheben in diesem Augenblick die Stimme auch, weil wir Sorge haben: Sorge davor, daß die Vereinigten Staaten nicht abwarten werden, bis die Täter ermittelt sind und mit rechtsstaatlichen Mitteln zur Rechenschaft gezogen werden. Wir fürchten, daß die US-Regierung stattdessen zum Mittel der Rache durch einen oder mehrere Militärschläge gegen mißliebige Länder, deren Regierungen der Kollaboration mit den Terroristen verdächtigt werden, greifen. Bei solchen Vergeltungsschlägen würden unzählige weitere Unschuldige das Leben lassen. Sorge auch davor, daß solche Vergeltungsschläge zu neuen gewaltsamen Aktionen, sei es von Terroristen, sei es von Seiten der angegriffenen Staaten führen. Die Gefahr, daß

durch unbedachtes, von Emotionen geleitetes Handeln eine Spirale von Gewalt und Gegengewalt bis hin zum Krieg entsteht, sollte nicht unterschätzt werden.

Entsetzen darüber, daß im Moment alle Beobachter davon ausgehen, daß die Terroranschläge alle Friedensbemühungen im Nahen Osten zum Stillstand bringen und den schon vorhandenen Graben zwischen den westlichen und den arabischen und islamischen Ländern vertiefen werden. Wir fürchten auch, daß die Tat einiger gewissenloser Verbrecher, die sich selbst als Muslime bezeichnen, in der öffentlichen Meinung einer ganzen Religionsgemeinschaft angelastet wird und den Prozeß der Verständigung zwischen den Weltreligionen um Jahre zurückwerfen wird. Terroristen aber haben weder Religion noch nationale Identität. Sie missbrauchen beides für ihre Ziele, und man kann ihnen keinen größeren Gefallen tun, als diesen Mißbrauch für bare Münze zu nehmen. Deshalb appellieren wir an alle verantwortlichen Politikerinnen und Politiker, Terror nicht mit Terror zu begegnen, die Spirale der Gewalt nicht durch eigene Handlungen weiterzutreiben. Die richtige Antwort auf Terror ist nicht Rache, sondern besonnenes Handeln. Die Schuldigen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Dabei dürfen nicht noch mehr Unschuldige sterben.

Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger rufen wir zu der gleichen Sorgsamkeit auf. Lassen Sie sich nicht von starken Worten verführen. Bedenken Sie, daß die Wahrheit leicht zum ersten Opfer einer Krise wird. Prüfen Sie sorgfältig, ob die Informationen, die Ihnen die Medien in den nächsten Tagen vermitteln werden, der Wahrheit entsprechen.

Kontakt: <http://www.dfg-vk.de/bsv>; Email Adresse: soziale_verteidigung@t-online.de; Ansprechpartner: Barbara Müller und Christine Schweitzer (Bund für Soziale Verteidigung).

Von unserem Mitglied Matthias Otten haben wir folgenden Aufruf, dessen Urheber auf den ersten Blick ebenfalls im Dunkeln bleiben, erhalten:

"STOP THE WAR!"

Wie der Ex-Außenminister der USA, Kissinger, selber gesagt hat, muß man aufpassen, daß der Haß gegen den Westen nicht neuen Zündstoff bekommt. Die Verursacher dieser unglaublichen Gewalttat müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Aber die USA mit Unterstützung der NATO dürfen, wegen des Terrors noch unbestimmter Gruppierungen nicht gegen ganze Länder Krieg führen. Tausende Unschuldige wären betroffen. Somit würden sich alle, die eine Welle militärischer Vergeltungsschläge befürworten, auf eine Stufe mit Terroristen stellen. Das Risiko und die Gefahr der Eskalation bis hin zu einem globalen Krieg läßt sich nicht wegdiskutieren.

Was wird dies bei den unschuldigen Menschen in so einem Land auslösen? - Wut und Gewalt - der Nährboden für den nächsten Vergeltungsschlag. Wenn erst die Auswirkungen hier in Europa dazu führen, daß Menschen umdenken, ist es zu spät. Das jetzige Gewaltpotential muß an der Explosion gehindert werden.

Wir trauern mit den Hinterbliebenen! Wir sind empört über diese Menschenleben verachtende Tat. Wir wären allerdings bei einem vom Regierungsapparat der NATO unterstützten Vergeltungsschlag mit nicht abschätzbaren Folgen enttäuscht von uns, und vor allem von den Menschen, die uns regieren und die Macht über ein unglaubliches Waffenpotential haben.

Viele von uns haben Menschen in solche Positionen gebracht. Positionen, von denen aus jene Menschen Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg fällen. Entscheidungen, die unser aller Leben fordern könnten. Die NATO hat die Macht, uns in den Krieg zu schicken.

Nun haben wir die Wahl zu entscheiden, welcher Weg für die GANZE Menschheit lebenswerter ist. Wir wollen keine Gegengewalt!!! Wir wollen keinen Krieg!!! Im Endeffekt muß die Gewalt global aufhören!!!

Matthias Otten bittet, diese Aktion zu unterstützen, "auch wenn vermutlich nicht wir den Gang der Dinge entscheiden werden", wie er schreibt. Die Beteiligung erfolgt offenbar über die angegebene eMail-Adresse:

Kontakt: champe@bcs-infosys.de

Wir wollen diese Aufrufe dokumentieren, damit jeder sich ein Bild verschaffen kann. Ungeachtet der Frage nach dem Erfolg, die Matthias Otten mit Recht stellt, bleiben auch einige andere Fragen unklar: Wer sind jeweils die Initiatoren? Wer bekommt die Unterschriftenlisten? Wer bekommt sie nicht? Welche Personen sind es, die tätig werden?

Dialog der Kulturen statt Spirale der Gewalt

Dieser Aufruf wurde am 17. September 2001 initiiert vom Vorstand der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung in Remscheid. Der BKJ-Vorstand besteht aus folgenden Mitgliedern: Prof. Dr. Max Fuchs, Lutz Lienke, Rolf Pasdzierny, Britta Scheller, Wolfgang Steen, Dr. Gerd Taube, Prof. Bruno Tetzner, Dr. Wolfgang Zacharias.

Die menschenverachtenden Terroranschläge am 11. September, aber auch die emotionalisierende Berichterstattung in den Massenmedien werfen ganz grundsätzliche kulturelle Fragen auf. Fragen, die die Träger kultureller Kinder- und Jugendbildung in ihrer Verantwortung für ein gelingendes Aufwachsen, für den Dialog der Kulturen und eine kulturelle Medienbildung zutiefst betreffen und auch den Vorstand der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung in seiner Vorstandssitzung am 16./17. September stark bewegten und zu folgender Positionierung herausforderten:

- *Kein Mensch hat das Recht, das Leben anderer Menschen zu vernichten!*
- *Dem Wahnsinn des Terrors nicht emotionalisiert und unpolitisch mit Militärschlägen begegnen!*
- *Für eine Kultur, die der Spirale der Gewalt und Gegengewalt soziale Gerechtigkeit, Verständigung und Toleranz zwischen den Kulturen entgegensetzt!*
- *Förderung kultureller Bildung, um den wechselseitigen Respekt der verschiedenen Kulturen zu unterstützen!*

Sicherheit muß stärker auch sozial und kulturell begriffen werden. Sicherheit gibt es nur in einer Kultur des Friedens, der Menschlichkeit und Verständigung. Eine Politik, die den Terrorismus wirksam bekämpfen will, muß ihm den sozialen, politischen und ideologischen Nährboden entziehen. Der Terror fordert auch kulturelle Antworten, die den Einzelnen in seiner Kulturfähigkeit stärken, mit der die Pluralität von Glaubens- und Lebensweisen und die Vielfalt der Kulturen als gesellschaftlicher Reichtum erlebt werden kann. Jugend- und kulturpolitisch geht es um die Gestaltung einer lebendigen Demokratie, um die Gestaltung sozialer Verhältnisse, um die Nutzbarmachung des humanisierenden Potentials der Künste, für die Lebenskunst des Einzelnen und die Herstellung fördernder Entwicklungsbedingungen für alle Menschen.

Ablehnung von Gewalt, soziale Verantwortung, Wertschätzung anderer Kulturen sind Potentiale des Einzelnen, die wesentlich mit seiner sozialen Integration und Bildung zusammenhängen und durch kulturelle Partizipation und kulturelles Lernen in der Kinder- und Jugendkulturarbeit gefördert werden. Seit den Terroranschlägen auf New York und Washington hat der Titel „Mut proben“, Leitmotiv mehrerer Kunst- und Kulturprojekte der BKJ für Toleranz und Demokratie-lernen in der kulturellen Bildung, eine neue Dimension bekommen. „Mut proben“ gilt auch für den Umgang mit den unmittelbaren und mittelbaren Folgen dieser unfaßbaren Ereignisse. Wo die verständliche Empörung in Rachepläne und pauschale Verurteilung des Islam oder einzelner islamischer Staaten umschlägt, gilt es, Fragen nach den Hintergründen zu stellen. Wo militärische Antworten als Weg gegen den Terror angekündigt werden, muß man verstärkt für Frieden und Völkerverständigung eintreten. Eine Krisensituation wie diese fordert heraus, mutig danach zu fragen, wie eine globale, friedliche Koexistenz erreicht werden kann. Der Vorstand der BKJ sprach sich auf seiner letzten Sitzung dafür aus, kritisch und besonnen mit der gegenwärtigen Situation umzugehen und vor allem auch im Rahmen der kulturellen Bildung nach Möglichkeiten zu suchen, aktiv mit den eigenen Mitteln auf die angespannte Krisensituation zu reagieren. Eine der Aufgaben sieht der Vorstand in einer Verstärkung des Austauschs mit außereuropäischen Kulturen.

Die "Macht der massenmedialen Bilder", die eine hohe Emotionalität bewirken und damit gefährliche Kurzschlüsse in den Köpfen bewirken, kann nur entkräftet werden durch eine hohe Bild- und Medienkompetenz, wie sie die kulturelle Kinder- und Jugendbildung fördert. Statt einer Emotionalisierung Vorschub zu leisten, gilt es gerade jetzt, Angebote zu machen, die den Emotionen Ausdruck geben. Den kulturellen Projekten im Rahmen des Programms "Jugend für Toleranz und Demokratie" des BMFSFJ gilt eine besondere Aufmerksamkeit: hier gibt es Chancen zu einer Verarbeitung der Geschehnisse, hier werden kulturpädagogische Bausteine gelegt für ein tolerantes Zusammenleben der Kulturen.

Diese Sicht entspricht sehr dem Programm und den Zielen des SSIP.

Die BKJ lädt zur **Tagung „MUTproben – mit Kunst und Kulturprojekten für Demokratie und Toleranz“ vom 26. – 28. November 2001** in der Alten Feuerwache **Berlin** ein. Ziel der Tagung ist es nach den Worten der Veranstalter, über Möglichkeiten nachzudenken, um den Dialog der Kulturen und ein friedliches Miteinander zu gestalten. Der BKJ hofft auf die Teilnahme vieler Fachkolleginnen und Kollegen, "um kulturpädagogische Handlungsstrategien und tragfähige Praxismodelle in der präventiven Arbeit gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit weiter entwickeln zu können". Der Veranstalter wollen auch Raum schaffen, "den Emotionen des Entsetzens, der Trauer und der Wut Ausdruck zu verleihen und mit den Künsten den Blick für die Wirklichkeit und eine menschlichere Kultur zu schärfen".

Kontakt: eMail: info@bkj.de; Internet www.bkj.de (Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung)

"Protest gegen Taliban"

Von unserem Mitglied Gerhart Schöll ist uns folgender Aufruf, dessen Urheber — "subject: please act" — aus England zu kommen scheinen, zur Kenntnis gebracht worden. Dieser Aufruf datiert offenbar aus einem Zeitpunkt vor den Anschlägen. Er wendet sich gegen eine diskriminierende Maßnahme in Afghanistan, die schon im Vorfeld der Anschläge die Weltöffentlichkeit gegen die Taliban aufgebracht hatte.

Dear Friends,

Please take a few minutes to read and act on this email. On May 23rd 2001 the Taleban authorities in Afghanistan confirmed that all Hindus will be required to wear a strip of yellow cloth sewn onto a shirt pocket in order to identify themselves. They claim that the measure is for their "protection". The world has faced this before, in 1939 the world was required, at great cost, to rid itself of Hitler's tyranny, it is not hard to spot his child. Those who fail to learn from history are condemned to relive it.

The Taleban's record on respecting other religions gives great cause for concern that their ultimate aim, upon which they are intent, is "religious cleansing". They have already demonstrated their distain and intolerance for other religions and traditions by the desecration and destruction of the ancient Buddhist statues, our collective heritage, within the Afghanistan.

Whatever your religion, or even if you have none, we hope that you will agree that this fundamentally wrong. Remember, "All it takes for evil to triumph is for good men to do nothing". Please do not do nothing, add your voice under: alastair@om-int.com for the following petition:

To The Secretary General, Security Council and General Assembly of the United Nations: We the undersigned are appalled by the decision of the Taleban government of Afghanistan to require all Hindus to wear a piece of yellow cloth sewn onto a shirt pocket in order to identify themselves. An individual's communion with God, however they find him, is a matter of personal conscience and must not be the subject of intimidation or persecution. The right of everyone to worship as they wish is fundamental and inalienable. The United Nations was founded in order to defeat Hitler and his henchmen who required the same from another religion with all it's horrific consequences. It is completely unacceptable that nearly 60 years later history is repeating itself. We ask the following:

1. That the Taleban government is made aware in the strongest possible terms that the world will not countenance this perversion of human rights.

2. That prior to the United Nations and / or its constituent members granting recognition of the Taliban government this obscene policy is reversed.
3. That the United Nations widen the terms of the trade sanctions currently in force.

Gastbeitrag

Onno Hoffmeister

Was ist Terrorismus?

Selten war sich die Welt so einig. Der Westen, die Staaten des ehemaligen Ostblocks, Japan, China, sogar Lybien und der Irak haben sich zu einer Front gegen den internationalen Terrorismus zusammengeschlossen. Was aber ist das: Terrorismus?

Als Kampf gegen den Terrorismus hat Rußland seinen Feldzug in Tschetschenien legitimiert, während der Westen der russischen Regierung immer wieder die Menschenrechtsverletzungen zum Vorwurf machte, die russische Soldaten an den Angehörigen einer für ihre Autonomie kämpfenden Volksgruppe begangen haben sollten. Viele schrieben den Terrorismus nicht der tschetschenischen, sondern der russischen Seite zu, wie zum Beispiel der ehemalige Menschenrechtsbeauftragte der russischen Regierung Sergej Kowaljow, der im ARD-Magazin *Monitor* von "Staatsterrorismus" sprach.

Die amerikanische Regierung hat nach den Anschlägen vom 11. September ein ganz neues Verständnis für die russische Haltung im Tschetschenienkrieg entwickelt. Innerhalb kürzester Zeit haben sich Bush und Putin darauf verständigt, daß Rußland in Tschetschenien nicht jene Menschenrechtsverletzungen begangen habe, die ihm der Westen seit Jahren vorgeworfen hat (Henning Ritter, in: FAZ 19.09.2001, S. 49).

Wann also kann man von Terrorismus sprechen? Früher waren es groteskerweise die Staaten des Westens, die "Terrorismus" vor allem den nationalen Befreiungsbewegungen zuschrieben. Die Länder des Ostblocks sahen dagegen zumeist die vom Westen gestützten Regierungen als die Verursacher terroristischer Akte an. Beispiele für „Staatsterrorismus“ wurden in Kolonialismus, Fremdherrschaft und Rassismus gesehen. Ein Vorschlag zu einer Konvention gegen Terroris-

mus, den die Amerikaner im Jahr 1972 in der Generalversammlung einbrachten, ist gerade an dieser Frage gescheitert (Hans-Joachim Heintze 2000, in: Kai Hirschmann u. Peter Gerhard: Terrorismus als weltweites Phänomen, Berlin Verlag Arno Spitz, Berlin). Es blieb der letzte, und auch noch im Jahr 1999 betrachteten die Experten des UN-Wirtschafts- und Sozialausschusses es als ein „zu ehrgeiziges Ziel, eine allumfassende und allgemein akzeptierte Definition von Terrorismus zu finden“ (E/CN.4/Sub.2/1999/27).

Fragen wir Albrecht Randelzhofer, Professor für Völkerrecht an der Freien Universität Berlin und Verfasser des Kommentars zum Gewaltverbot in der UN-Charta (Brunno Simma (Hg.) 1991: Charta der Vereinten Nationen. Kommentar, Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München.), dann kann er ebenfalls keine allseits anerkannte Definition nennen. Gegenüber dem Tagesspiegel stellte er jedoch zwei charakterisierende Kennzeichen heraus: Im Vordergrund stehe erstens das Motiv, Schrecken zu verbreiten; zweitens gebe es keine selbstauferlegte Beschränkung der Intensität der Gewalt. Für Terroristen, so Randelzhofer, „heiligt der Zweck alle Mittel“.

Das läßt weite Spielräume zur Auslegung. Unter den Staaten dieser Welt herrscht Dissenz über die Frage, in welchem Fall und – vor allem – wo Terrorismus vorliegt, aber gleichzeitig Konsens darüber, daß Terrorismus entschlossen zu bekämpfen sei. Solange der Kampf allein den Drahtziehern der Attentate vom 11. September, welche ohne Zweifel als schwerwiegende terroristische Akte einzustufen sind, gilt, so lange kann man mit diesem Dissenz leben. Was aber wird geschehen, wenn nicht nur die USA, sondern auch andere Staaten internationale militärische Unterstützung im Kampf gegen ihre spezifischen „Terroristen“ einfordern: zum Beispiel Rußland gegen die Rebellen in Tschetschenien, China gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Tibet oder Israel gegen die Palästinenser?

.....Mitteilungen.....

A. Politik Interkulturellen Handelns

A1/01-3: Europa - ein "Laboratorium" der neuen europäischen Rechten?

Unter diesem Titel veranstaltet die Evangelische Akademie Berlin am **26.-27.10.2001** in Berlin eine **Tagung**. Sie erklärt dazu: Die wirtschaftlichen Globalisierungs- und die politischen Integrationsprozesse sind verbunden mit der Erosion traditioneller Gemeinschaften. An diesem Punkt setzt der rechte Diskurs ein — mit Leitbegriffen wie Mythos, Stamm, Volk und neuheidnischen und esoterischen Orientierungsmustern. Politisch tendiert die Rechte zur Erneuerung des Stammdenkens, zu einem in heidnischer Mythologie begründeten Regionalismus, zur Verabschiedung des klassischen Nationalstaats und zum Verständnis Europas als "Festung". Die Veranstalter wollen Fragen stellen, die sich aus dieser Sachlage ergeben: Wie können Gemeinschaften bewahrt werden oder neu entstehen, die nicht durch Abgrenzung organisiert sind? Was bedeutet die Erfahrung der "europäischen Revolutionen" auf dem Weg zu einer "europäischen Zivilgesellschaft"? Reicht unser in der Aufklärung begründetes Instrumentarium, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen, wie der liberale Fortschrittsglaube nahelegt? Müssen wir die Welt nach der Katastrophe denken und eine Praxis für die Welt nach dem Chaos entwickeln, wie die rechte Zivilisationskritik behauptet? Oder ist das Christentum ein weiter gefaßter Horizont, der die Begrenztheit dieser "linken" und "rechten" Ansätze gleichermaßen überschreitet?

Die Referenten der Tagung — Akteure des "rechten Diskurses" oder seiner Kritiker — werden bei ihrer Suche nach Antworten auf diese Fragen in besonderer Weise auf das Werk von Eugen Rosenstock-Huussy (u.a. "Die europäischen Revolutionen und der Charakter der Nationen") Bezug nehmen. Im Anschluß sollen gemeinsam Leitlinien formuliert werden, die in den zu erwartenden Krisen und Bedrohungen des 21. Jahrhunderts Orientierung geben können.

Quelle: Evangelische Akademie zu Berlin

A2/01-3 Autoritäre Mentalität der bürgerlichen Mitte

Rechtsextremismus wird gerne als Unterschichtenphänomen verstanden. Eine Repräsentativumfrage des Münchener Institut *polis* für eine Studie der Friedrich Ebert Stiftung über die "**Gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsextremismus und Gewalt**", belegt, daß der Rechtsextremismus bei der sozial schlechter gestellten Bevölkerung besonders verbreitet ist, aber auf einer Basis stark autoritärer Mentalität der bürgerlichen Mitte aufbaut.

Recht und Ordnung in Deutschland halten über die Hälfte der Bevölkerung sowohl im Westen (55%) als auch im Osten (76%) für gefährdet und die **Forderung nach einer starken Hand** unterschreiben über 60 % der Deutschen (55%: West, 76%: Ost). Diese latent autoritären Einstellungen wurden auch schon in früheren Studien wie der Sinus-Studie von 1981 belegt. Diese Studie bestimmte ein autoritär gestimmtes Potential in Westdeutschland von **37%**, wobei sie 13 % der damaligen westdeutschen Wahlbevölkerung ein ideologisch geschlossenes rechtsextremes Weltbild zuordnete.

Der Ausländeranteil in Deutschland wird dabei von der Bevölkerung extrem überschätzt. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung vermutet einen Prozentsatz über 11 % — tatsächlich sind es bundesweit 9% — und 10% der Bevölkerung schätzen den Ausländeranteil zwischen 31 und 45 %.

Auch die Annahme, daß Ausländer durch ihr Verhalten selbst die Ausländerfeindlichkeit provozieren vertritt die Hälfte der Befragten.

Unterschiede zwischen Ost und West-Deutschland sind in der Umfrage durchaus auszumachen. In Ostdeutschland gibt es eine stärkere Angst vor dem Fremden und ein starkes Gefühl der **Orientierungslosigkeit**, was sich in Aggression und Fatalismus niederschlägt. Die Zahlen, die die Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung liefert, zeigt jedoch ein allgemein deutsches Problem und erlaubt nicht die Zuweisung des Rechtsextremismus in die neuen Länder.

Quelle: Die Zeit (20.12.2000, Gunter Hofmann) / Elk

A3/01-3: Gericht erlaubt einer Lehrerin das Tragen des Kopftuchs

Das Lüneburger Verwaltungsgericht hat am 17. Oktober 2000 das Land Niedersachsen verpflichtet, eine muslimische Lehrerin trotz ihres Kopftuchs einzustellen. Das ständige Tragen eines Kopftuchs auch im Unterricht sei allein kein Eignungsmangel, sagte Richter Jürgen Dietze. Die vor elf Jahren zum Islam übergetretene 42-jährige Deutsche Lyman Alzayed soll von der Lüneburger Bezirksregierung eine Stelle zugewiesen bekommen.

Quelle: Berliner Zeitung

B. Interkulturelle Bildung

B1/01-3: Zur Ausländerfeindlichkeit erzo-gen? KAS veröffentlicht Studie zum Bild Afrikas in den Medien und den Schulbüchern

Heutige Befragungen ergeben, daß die Deutschen fast nichts von ihrem Nachbar-kontinent und dem Leben dort wissen. Die meisten sind sich aber sicher in ihrem Bild Afrikas als einer Mangelgesellschaft, von Natur aus hilfsbedürftig. Wie kommt das? Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hat **Anke Poenicke** den aktuellen Forschungs-stand zur Darstellung Afrikas in Deutschland zusammengefaßt und durch neue Daten ergänzt. Die Studie zeigt: Tagesaktuelle Themen zu Afrika spielen in den Medien eine marginale Rolle. Normale und positive Ent-wicklungen kommen fast nicht vor. Manch-mal wird wieder ein Thema lanciert, willkür-lich zu einem Medienspektakel aufgeblasen; und es wird zu Spenden aufgerufen. Die Darlegung von Hintergründen ist in den letzten Jahren immer rarer geworden. In deutschen Schulbüchern der Fächer Erd-kunde und Biologie haben Afrika bzw. seine Menschen traditionell ihren Platz, leider aber auch Begriffe wie "Mischvölker", "Neger" oder "Hottentotten". Man gewinnt den Ein-druck, die Rassenideologie sei hier nie ver-schwunden, auch wenn sie heute anders klingt. Was ist zu tun? Medienkritik und Schulbuchschelte der letzten Jahrzehnte haben wenig bewirkt. Konstruktive und ko-operative Schritte sind gefragt. Deshalb hat die **Konrad-Adenauer-Stiftung** eine Ar-

beitsgruppe eingerichtet, die sich für die weitere Verbreitung der gelungenen Beiträge zu Afrika in Medien und Schulbüchern ein-setzen wird und speziell zum Bildungsbe-reich mit Verantwortlichen verschiedener Bundesländer gemeinsame Überlegungen plant.

Quelle: Einblicke 2-01(Holger Dix)

B2/01-3: Fachbezogene Partnerschaften mit Hochschulen in Entwicklungsländern

Ende Juni fand zum fünften Mal die Aus-wahlentscheidung in dem DAAD-Programm "Fachbezogene Partnerschaften mit Hoch-schulen in Entwicklungsländern" statt. Das seit 1997 mit Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durchgeführte Programm hat sich im Laufe der letzten vier Jahre als ein Instrument der Entwicklungszusammen-arbeit der deutschen Hochschulen etabliert. Auch in diesem Jahr war das Interesse der deutschen und ausländischen Hochschulen sehr groß, wie die 73 Anträge, die dem DAAD vorlagen, zeigen.

Der akademische Austausch zum Zwecke der Lehre, der Beratung und der Forschung soll einerseits einen Beitrag zur Stärkung des Hochschulbereichs im Entwicklungsland leisten, andererseits auch für die deutschen Hochschulen von Nutzen sein: Die Erfahrun-gen der am Austausch beteiligten Wissen-schaftler/innen, Doktoranden und Studieren-den fördern das fachliche Wissen und die Sensibilität im Umgang mit den Problemen von Entwicklungsländern. Außerdem wird das Potential an Fachkräften mit internati-onaler Erfahrung und entsprechenden Sprachkenntnissen vergrößert. Schließlich führt die erweiterte partnerschaftliche aka-demische Zusammenarbeit zu einem höhe-ren Bekanntheitsgrad des deutschen Hoch-schulsystems in Entwicklungsländern und trägt dadurch auch zur Stärkung des Studi-en- und Wissenschaftsstandorts Deutsch-land bei.

Weitere Informationen sind unter www.daad.de und bei dem Leiter des Refe-rats 412, Dr. Hanns Sylvester, unter Tel: (0228) 882-600, e-mail: sylvester@daad.de, erhältlich.

Quelle: Pressestelle Kennedyallee 50, D-53175 Bonn, Tel: (0228) 882-454 und 308, Fax: (0228) 882-659, eMail: presse@daad.de, <http://www.daad.de>

B3/01-3: Neue Struktur der Bildungsangebote der Friedrich-Neumann-Stiftung

Die Friedrich-Neumann-Stiftung (Weberpark, Alt-Nowawes 67, 14482 Potsdam, Tel: 0331-70 19 -0, Fax: 7019-188) wird bis Ende 2001 drei ihrer vier Bildungsstätten schließen und sich auf die Struktur ihrer liberalen Foren und Regionalbüros mit einem Netz von 80 Veranstaltungsorten konzentrieren. Einzige zentrale Bildungsstätte bleibt die Theodor-Heuss-Akademie in Summerbach bei Köln. Themenschwerpunkte sind Menschenrechte und Minderheiten, offene Märkte. Liberalismus und soziale Verantwortung, Bürgergesellschaft, Subsidiarität und Chancen der Informationsgesellschaft.

Quelle: DWO

C. Global Politics

C1/01-3: Europäisches Büro für Entwicklungszusammenarbeit der EU

Ab 1.1.2001 wurde in Brüssel die Abteilung der EU "Gemeinsame Dienste für die Außenbeziehungen" (SCR) in das "Europäische Büro für Entwicklungszusammenarbeit" (European Aid Cooperation Office, EUAID) umbenannt. Die 12000 Mitarbeiter sollen die gesamte EU-Hilfe von 8 Milliarden EURO verwalten (inkl. Wahlbeobachtung). Unter den Kommissaren sind Chris Patten für Außenbeziehungen und Pohl Nielsen für Entwicklungszusammenarbeit zuständig. Im Ausland sind 128 EU-Vertretungen zulässig.

Quelle: DWO

C2/01-3: Entwicklungszusammenarbeit ist mehr als der Transfer von Wissen und Geld

Anlässlich der Veröffentlichung ihres Jahresberichtes 2000 hat die AGEH (Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V.) folgende Presseerklärung herausgegeben:

Entwicklung ist nichts Abstraktes, sondern wird von Menschen gestaltet. Im Jahr 2000 haben dies insgesamt 298 Entwicklungshelfer getan, die von der Personalagentur der deutschen Katholiken, der AGEH, in Entwicklungsprojekte nach Afrika, Asien, Lateinamerika und in die Länder Mittel- und Osteuropas vermittelt wurden. Finanziert

wurden die Fachkräfte von insgesamt 70 Hilfsorganisationen in Deutschland. Allein 86 Fachkräfte arbeiteten in Projekten des katholischen Hilfswerkes Misereor. Schwerpunktregion war dabei Afrika, wo 44 Prozent des vermittelten Personals tätig war. Rund ein Viertel aller Fachkräfte arbeitete im Gesundheitsbereich, ein weiteres Viertel im Bereich Sozialwesen. Über den Transfer von Wissen und Geld hinaus unterstützt personelle Zusammenarbeit zunehmend den Aufbau und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen vor Ort, z.B. bei Fragen der Landnutzung in der Diözese Mariannhill in Südafrika. In Uganda ist die Mitarbeit von Fachkräften in der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung, z.B. bei der Arbeit mit traumatisierten Menschen, gefragt. Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet ist die Vernetzung von Initiativen auf internationaler Ebene, wie bei der Entschuldungskampagne in Bolivien, die von einer AGEH-Fachkraft bei der Partnerschaftskommission der Bolivianischen Bischofskonferenz in La Paz unterstützt wird.

Quelle: DWO 2.7.01 (Katharina Engels)

C / V. Veröffentlichungen

C3/01-3: The state of food insecurity in the world 2000

Die FAO in Rom hat obiges Dokument (ISBN 92-5-104479-1, 31 Seiten) herausgebracht (zu beziehen über die deutsche Welthungerhilfe, Tel: 0228-2288-0, Fax: 220710). Deutscher Partner ist die GTZ in Eschborn bei Frankfurt. Dargestellt wird der Umfang der Unterernährung und deren Verteilung auf die Nationen der Erde. Hauptproblemregion ist Afrika südlich der Sahara.

C4/01-3: : Kampagne FAIR BESTEUERN bei attac angefangen

Die Kampagne "Stopp Steuerflucht" der Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Menschen (franz. Abkürzung Attac) hat in Frankreich bereits 30.000 Mitglieder und in 26 Ländern Zweigstellen, darunter in Deutschland in Verden an der Aller (Artilleriestr.6, 27283 Verden, Tel: 04231-957591, Fax: 04231-957594). Sie

umfaßt drei Kampagnen für Devisenumsatzsteuer (Tobin Tax), "Stoppsteuerverflucht" gegen Steueroasen und Kampagne "Weg mit der Riester-Rente" mit ihrem Privatgeld im internationalen Finanzsystem. Der nächste Attac-Kongreß findet vom 19-21. Oktober 2001 in Berlin statt.

Quelle: DWO 2.7.01

C5/01-3: Neue Übersicht über deutsche Entwicklungszusammenarbeit von Frank Bliss

Der Politische Arbeitskreis Schulen (Graurheindorferstr. 149, 53117 Bonn, Tel: 0228-6899870, Fax: 6989871) hat in der Reihe "Materialien zur politischen Weiterbildung und für den Schulunterricht" als Nr. 2 die neue Einführung von Frank Bliss "Die Praxis der deutschen Entwicklungszusammenarbeit" herausgebracht (292 Seiten, ISBN 3-921876-24-9 Horlemann Verlag, Schutzgebühr 6,- DM, Preis im Buchhandel DM 34,-). Teil III enthält der Band Tips für die Bildungsarbeit. Leider sind in der Institutionenübersicht die Umzüge aus Bonn nicht berücksichtigt.

C6/01-3: Weltentwicklungsbericht 2000/2001 in deutscher Sprache

Der obige Weltbankbericht mit 400 Seiten ist im Bonner UNO-Verlag erschienen: ISBN 3-923904-47-9, DM 77,26 im Englisch 69,92 DM, Am Hofgarten 10, 53113 Bonn, Tel: 0228-94902-0, Fax: 9490222.

Quelle: DWO

C7/01-3: 10 Jahre Brandenburgischer entwicklungspolitische Auslandsprojekte. Hrsg.: Horst Ufer (Potsdam: Brandenburgische entwicklungspolitische Hefte 34, 2001)

Jetzt ist gerade erschienen aus dem Brandenburgischen Entwicklungspolitischen Institut das Jubiläumshft zum zehnjährigen Bestehen des BEPI. Der Inhalt umfaßt drei Aufsätze: 'Historischer Rückblick' von Susan Thieme, "Ergebnisse einer Umfrage in Vorbereitung auf das 4. Landestreffen Brandenburger entwicklungspolitischer Auslandsprojekte" von Birgit Gericke und "Schwerpunkte und Ergebnisse des 4. Landestreffens der Brandenburger entwicklungspolitischen

Auslandsprojekte" von Horst Ufer "Lateinamerika-Arbeitskreis tierra unida e.V. Potsdam — ein Verein stellt sich vor" von Birgit Gericke. Das Hft ist zu bestellen über e-mail: info@bepi-potsdam.de; Tel: 0331/ 977 32 79

C8/01-3: Kulturwandel und Globalisierung. Hrsg.: Caroline Y. Robertson-Wensauer/ Carsten Winter (Baden-Baden: Nomos Verlag 1999), ca. 350 S., ca. 48,-DM, ISBN 3-7890-5715-0.

Das Institut für Angewandte Kulturwissenschaft der TH Karlsruhe hat Peter Bendixen, Roger Bromley, Werner Faulstich, Mike Featherstone, Ursula Ganz-Blättler, Götz Großklaus, Ulrich H. Laaser, Peter Ludes, Richard Münch, Horst Niesyto, Caroline Y. Robertson-Wensauer, Irmela Schneider, John Tomlinson, Herbert Willems/Martin Jurga, Carsten Winter und Rainer Winter für Beiträge gewonnen, die zeigen, wie die vielfältigen und widersprüchlichen Zusammenhänge von Kulturwandel und Globalisierung jenseits plakativer Formeln erforscht, beschrieben und verstanden werden können. Die Rolle und Bedeutung der Medien und ihrer Angebote für Prozesse von Kulturwandel und Globalisierung werden angesprochen, neue und alte Konzepte diskutiert. Dargestellt werden neue Konflikte ebenso wie neue Chancen und Anforderungen in der globalen und lokalen Interaktion und Kommunikation zwischen Staaten, Unternehmen und einzelnen Gruppen und Menschen. Es gibt Beiträge über Migranten der zweiten Generation und über die Idee des Weltbürgertums. Die Zielperspektive aller Beiträge ist Toleranz und Verstehen und Anerkennung des Anderen, des Fremden, aber auch des Neuen.

Quelle: iak newsletter 6-SS 2001

E. Europa, europäische Identität

E1/01-3: Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds plant gemeinsame Projekte

Kernprojekt des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds ist ein Gesprächsforum, dem je 20 Experten aus beiden Ländern angehören. Diese wurden von den beiden Außen-

ministern berufen. Das Forum ist am 21. März in München unter Leitung von Staatsminister Dr. Christoph Zöpel und seines tschechischen Kollegen Prof. Dr. Udo Pick zusammen, um die Jahreskonferenz im Herbst in Tschechien vorzubereiten (Info: Auswärtiges Amt, Pressereferat Tel: 01888-17-2058, Fax: 17-3524).

Quelle: DWO 17.4.01

F. Aus der Forschung

F1/01-3: Neue Bewilligungen

- Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Romanische Literaturwissenschaft und Komparatistik (Prof. D. János Riesz): *Afrikanische Schriftsteller in Deutschland seit 1960 (mit einem vergleichenden Blick auf Frankreich, Belgien und Portugal)*.
- Kunsthochschule Berlin-Weißensee (Prof. Dr. Rainer W. Ernst, Prof. Dr. Lydia Haustein): *Ikonen des globalen Bildverkehrs. Die Rolle der Bilder bei der "Inszenierung" kultureller Identitäten in den Medien*.
- Freie Universität Berlin, Lateinamerika Institut (Prof. Dr. Jürgen Golte)/ Universidad Privada Antenor Orrego, Trujillo, Facultad de arquitectura, Urbanismo y Artes (Decano Arq. Aurora Ruiz Rosado): *Die Konstruktion ethnischer und kultureller Identitäten in der kolonialen Stadt in Spanisch-Amerika am Beispiel von Trujillo, Peru (1534 bis 1619)*.
- Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer)/ Fakultät für Soziologie (Priv.-Doz. Dr. Georg Stauth): *Kollektive Identitätsbildungsprozesse von Muslimen in öffentlichen Konflikten*. Wissenschaftszentrum NRW — Kulturwissenschaftliches Institut, Essen (Prof. Dr. Jörn Rüsen, Dr. Achim Mittag, Priv.-Doz. Dr. Horst Walter Blanke): *Einheit der Menschheit — Differenz der Kulturen — Chancen der Kommunikation. Kategoriale Voraussetzungen der Globalisierung und ihre Anerkennungspotenziale im historischen Denken Europas und Chinas*.

- Universität Frankfurt/Main, FB Erziehungswissenschaften, Professur Erziehung und Entwicklungsprozesse in der "Dritten Welt" (Prof. Dr. Patrick V. Dias)/ University of Cape Town, Project for the Study of Alternative Education in South Africa (Praesa) (Dr. Neville Alexander): *Multilingualism and the hegemony of English in India and South Africa*.

Quelle: Volkswagen Stiftung, Bericht 2000.

F/ V. Veröffentlichungen

F2/01-3: DAAD präsentiert Studie "Wissenschaft weltoffen"

Mit "Wissenschaft weltoffen" legt der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) in Zusammenarbeit mit der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) die bislang umfassendste Studie zur Attraktivität Deutschlands als Studien- und Forschungsstandort und Grunddaten über die Internationalität deutscher Studierender vor. In bisher nicht erreichtem Umfang präsentiert der Band Daten zu ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen, ausländischen Absolventen deutscher Hochschulen, deutschen Studierenden im Ausland, studienbezogener Mobilität im internationaler Vergleich, ausländischen Wissenschaftlern im Ausland. 58 Tabellen sowie über 80 vierfarbige Graphiken, die einen schnellen Überblick ermöglichen, enthält der Band. Die Daten wurden aus einer Vielzahl von Quellen zusammengetragen, insbesondere aus der Hochschulstatistik des Statistischen Bundesamtes, der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, dem UNESCO Yearbook sowie von einer Reihe deutscher Wissenschaftsorganisationen. Einige bemerkenswerte Fakten: Die Zahl der ausländischen Studierenden hat sich in den letzten 25 Jahren vervierfacht. 1999 wurden 166.000 ausländische Studierende registriert. 64% aller ausländischen Studierenden kamen aus europäischen Staaten. Die Zahl der ausländischen Absolventen hat sich in den vergangenen zehn Jahren fast verdoppelt. Die bevorzugten Fächer ausländischer Studierender waren Wirtschaftswissenschaften, Germanistik und Maschinenbau. 11 Prozent der deutschen Studierenden

absolviert einen Studienabschnitt im Ausland. Bevorzugte Zielländer: die USA und Großbritannien. Im Fachlichen Spektrum sind die sprach- und kulturwissenschaftlichen Fächer weit stärker als die natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächer repräsentiert. Deutschland stellte 1995 mit knapp 50.000 Studierenden im Ausland das fünfstärkste Kontingent auf dem internationalen Bildungsmarkt. 1998 wurden mehr als 11.000 ausländische Wissenschaftler in Deutschland gefördert. Bei den Herkunftsländern standen die USA an der Spitze. 2.800 deutsche Wissenschaftler wurden 1998 als Gastwissenschaftler im Ausland gefördert. Das wichtigste Zielland waren dabei die USA. Eine jährliche Fortschreibung von "Wissenschaft weltweit" ist vorgesehen, wobei die Verbesserung der Qualität und des Umfangs der Daten zur Mobilität von Wissenschaftlern, für die es bundesweit kein Meldesystem gibt, zunächst im Vordergrund stehen wird.

Quelle: DAAD Presseinformation/AT

F3/01-3: Franco Cardini "Europa und der Islam". Übersetzt aus dem Italienischen von Rida Senß (C.H. Beck Verlag, München 2000, 308 S., DM 54,90)

Obige Übersetzung zeigt eine neue Perspektive über Europas Verhältnis zum Islam. Dieses problematische Verhältnis wird im Untertitel als "Geschichte eines Mißverständnisses" bezeichnet: Die Kreuzzüge werden demnach nicht als keine Religionskriege verstanden, sondern nur als eine strategische Phase nach der Eroberung Composedelas am 23.10.1086 durch die Muslime.

F4/01-3: Integration durch Verschiedenheit. Prozesse interkultureller Kommunikation, Verständigung und Abgrenzung. Hrsg. von Alexander Horstmann/Günther Schlee (Bielefeld: transcript 2001; 408 S.; DM 48)

Die Aufsatzsammlung leistet einen Beitrag zur theoretischen Konzeption eines zentralen Problems der Soziologie und Sozialanthropologie, nämlich: Grenzen und Grenzziehungen. Der von Alexander Horstmann und Günther Schlee (dieser ist Direktor des Max-

Planck-Instituts für ethnologische Forschung in Halle / Saale) herausgegebene Sammelband stellt dieses Problem in eine globale Perspektive. Interkulturelle Dialoge werden als Kommunikationssysteme begriffen, in denen sinnstiftende Zeichen aus lokalen und globalen Kontexten über Grenzen hinweg artikuliert und sichtbar gemacht werden. In diesem Sinne versteht sich das auf empirischen Forschungen in Afrika, Asien und Lateinamerika basierende Projekt zugleich als **eine politische Anthropologie des Alltags**.

G. Networking

G1/01-3: Deutsches Sekretariat des *Global Development Network* (GDN) beim ZEF/Bonn

Mit Unterstützung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen ist beim Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn (Walter-Fler-Str. 3, 53113 Bonn, Tel: 0228-73-1811, fax: 73-5097) ein europäischer Knoten (EUDN) des *Global Development Network* (GDN) eingerichtet worden, um die Zusammenarbeit von Forschungsinstituten aus aller Welt zu fördern. Vor allem sollen Forschungsergebnisse den politischen Entscheidungsträgern leichter zugänglich gemacht werden (Info: <http://www.zef.de>). Mit der *European Association of Development Research and Training* (EADI, Tel: 0228-2618-101) besteht eine enge Zusammenarbeit.

Quelle: DWO

I. Internationale Tourismuspolitik

I1/01-3: Islamische Reiseländer sind nicht der Hort des Bösen

Der **Studienkreis für Tourismus** (Ammerland) plädiert für besonnenen Umgang mit einer Weltreligion. **Klaus Betz** warnt in einer Presseerklärung des Studienkreises vor der Gefahr der politischen Instrumentalisierung von Religion und Kultur angesichts der erschütternden Bilder aus New York und Washington. Er betont, daß das Phänomen des

"gewalttätigen Islamismus" zu Unrecht mit dem gelebten und praktizierten Islam gleichgesetzt wird. Doch die islamischen Reiseländer sind nicht der Hort des Bösen. Das haben zahllose Urlauber und Besucher dieser Länder selbst erfahren.

Eine vom Studienkreis im Januar 2001 durchgeführte Befragung ergab, daß 23 Prozent der erwachsenen deutschen Bevölkerung (14,75 Mio.) wenigstens einmal bereits ihre Ferien in der Türkei, in Ägypten, Tunesien oder Marokko verbracht haben. "Es wäre gerade jetzt angebracht", so Studienkreis-Vorsitzender Armin Vielhaber, "die im Urlaub oder auf Geschäftsreisen gewonnenen Kontakte und Erfahrungen mit den Menschen in islamischen Ländern persönlich zu nutzen, um für einen besonnenen Umgang mit dem Islam einzutreten."

An diesem Punkt wird auf das Sympathie-Magazin "Islam verstehen" hingewiesen, das seit Jahren für eine vorurteilslose Annäherung an diese Weltreligion wirbt und eine differenzierte Innenansicht vermittelt, heißt es in der Presseerklärung weiter. Denn die interkulturelle und interreligiöse Verständigung ist mehr denn je eine politische und gesellschaftliche Herausforderung. Das Sympathie Magazin "Islam verstehen" wurde redaktionell betreut von Prof. Dr. Friedemann Büttner (Institut für Politik des Vorderen Orients am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin) und Jürgen Rogalski (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin).

Das Einzelexemplar kann gegen Voreinsendung eines Verrechnungsschecks über DM 6,50 beim Studienkreis für Tourismus und Entwicklung (D-82541 Ammerland, Kapellenweg 3) bezogen werden. Ab 50 Exemplare gelten Stückpreise zwischen DM 2,70 und 2,50 (zzgl. Versand/Verpackungskosten, MwSt.).

Weitere Sympathie-Magazine werben für eine interreligiöse und interkulturelle Verständigung:

"Judentum verstehen",
 "Christentum verstehen",
 "Buddhismus verstehen" und
 "Fremdes verstehen".

I2/01-3: 11. Reisepavillon in der Stadthalle Heidelberg erfolgreich

Der "Marktplatz für anderes Reisen" fand in diesem Jahr nicht in Hannover, sondern vom 19.-21. Januar 2001 in der Stadthalle Heidelberg mit Ausstellungen, Dia-Shows und vielen Kontaktprogrammen der Tourismus-Wirtschaft statt (Info: Hener & Wolf Verlag und Umweltmessen GmbH Hostackerweg 21, 69198 Schriesheim, Tel: 06220-6562, Fax: 911023). Diese bundesweite Messe für nachhaltigen Tourismus, die seit 1991 in Hannover stattfand und 1999 den niedersächsischen Umweltpreis und im vergangenen Jahr die "Grüne Palme" erhielt, ist ein Zentrum für Bemühungen um Tourismus und Umweltschutz.

I3/01-3: Das Reisetnetz e.V.

Mit 53 Mitgliedsorganisationen ist das Reisetnetz e.V. der größte in Deutschland ansässige Verband für diesen Bereich. Pünktlich zur ITB wurde ein umfangreiches Zahlenwerk zusammengetragen, das Auskünfte über die Tätigkeitsschwerpunkte der Organisationen, Mitarbeiterstruktur, Reisearten und -Ziele, Umsätze und viele weitere Informationen enthält. Die Analyse ist kostenlos zu beziehen über das Reisetnetz-Sekretariat (eMail: service@transfer-ev.de). Hilfreich für junge Reiseplaner (oder deren Eltern) ist die kostenlos beim Reisetnetz-Sekretariat erhältliche "Liste" mit einem übersichtlichen Verzeichnis der Veranstalter und ihrer Angebote. Den schnellen Zugriff auf diese Daten gibt es im Internet unter www.dasreisetnetz.de. Leistungsbereich des Reisetnetzes umfaßt: Schul- und Klassenfahrten, betreute Kinder- und Jugendreisen, Gruppen(ferien)-fahrten, Incoming, Jugendunterkünfte, Sprachreisen, Eltern-Kind-Reisen, Jugendbegegnungen. Arbeitsschwerpunkte des Reisetnetzes liegen in Seminarangeboten für die Ausbildung von Jugendreiseleitern, die Erstellung von Qualitätslabeln wie z.B. "Top-TeamNaTour" und die Beratung der Mitglieder in Internet-Fragen. Wer beruflich mit Kinder- und Jugendreisen zu tun hat, findet in der jährlich Anfang November stattfindenden "Offenen Fachtagung" (in diesem Jahr: 2.-4. November, Duisburg) eine reichlich sprudelnde Informationsquelle.

J. Jugendpolitik

J1/01-3: BDKJ beteiligt sich an Weltjugendtreffen 2004 in Deutschland

Die Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) hat sich mit großer Mehrheit für eine aktive Beteiligung am Weltjugendtreffen 2004 in Deutschland entschieden. Dem eigentlichen Weltjugendtag gehen zahlreiche Treffen in den Diözesen voraus. Hier sollen besonders die Erfahrungen aus der interkulturellen und internationalen Arbeit der Mitglieds- und Diözesanverbände des BDKJ zum Tragen kommen. Mit dieser Entscheidung wollen die katholischen Jugendverbände zu einem erfolgreichen Gelingen des Weltjugendtages beitragen. Mit ihrer Beteiligung soll gesichert werden, daß der Weltjugendtag auch aus jugendverbandlicher Perspektive gestaltet wird. Es stehe Deutschland an, Gastgeber für die Jugend aus aller Welt zu sein, denn dies sei eine Möglichkeit, unsere Gastfreundschaft deutlich zu machen, erklärte Bischof Dr. Franz-Josef Bode, Vorsitzender der Jugendkommission der Deutschen Bischofskonferenz, auf der BDKJ-Hauptversammlung. Das sei eine Chance, die insbesondere vor dem Hintergrund der in Deutschland noch immer wirkenden und im Ausland mit Sorge wahrgenommenen rechtsradikalen Kräfte, ergriffen werden sollte, so Bischof Bode weiter.

Quelle: BDKJ Bundesstelle

J2/01-3: Junge Leute für ein Jahr in die USA

Das Parlamentarische Partnerschaftsprogramm "Deutscher Bundestag / Kongreß der USA" (PPP) vergibt Stipendien für Schülerinnen und Schüler, junge Berufstätige und Auszubildende. Sämtliche Kosten, außer einem Taschengeld, werden vom PPP übernommen. Interessenten können den Bewerbungsflyer ("2002-2003: Junge Leute für ein Jahr in die USA") anfordern bei: Deutscher Bundestag, Verwaltung, Referat PB 4, Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Unter www.bundestag.de gibt es einen Link zum Parlamentarischen Partnerschaftsprogramm.

Quelle: DWO

J3/01-3: Erster gesamtdeutscher Jugendbericht

Familienministerin Bergmann hat den 11. Kinder- und Jugendbericht entgegengenommen. Es ist die erste Gesamtdarstellung der Lage von Kindern und Jugendlichen in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Hauptthema ist das "Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung". Der Vorsitzende der Sachverständigenkommission, Ingo Richter, sagte, daß die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland höchst unterschiedlich seien. Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung seien die Unterschiede aber nicht mehr allein an Ost- West-Differenzen darzustellen. Richter kritisierte, daß Kindererziehung als Privatsache von Eltern betrachtet werde. "Man muß Bedingungen schaffen, damit Kinder gesund und glücklich aufwachsen können." Bergmann sieht im Ausbau der Ganztagsbetreuung von Kindern einen Bildungsauftrag. Neben die Familie sei mittlerweile eine Vielzahl von Institutionen getreten, die sich um die Erziehung von Kindern und Jugendlichen kümmern und gestärkt werden müßten. Die Bundesregierung will bis Ende des Jahres Stellung zu den Empfehlungen nehmen. Anfang 2002 soll der Bericht dem Bundestag vorgelegt werden.

Quelle: FAZ (20.7.01), Seite 4

J4/01-3: Die RUF-Akademie baut ihr Aus- und Weiterbildungsangebot aus.

Verschiedenste Seminare sollen unter einem Dach zusammengefaßt werden. Dazu kommt noch der Ausbau des Weiterbildungsbereiches. Erste Anfänge mit Seminaren wie "Fit zum Führen" oder "Train the Trainer" sind auf gute Resonanz gestoßen. Referenten für die Fortbildungen akquirieren die RUFies aus der Unternehmensberatung GMP, dem BundesForum, dem anerkannten Weiterbildungsträger "Stätte der Begegnung", dem Arbeitsamt, der BZgA, aus dem Reisetz sowie von transfer. Nähere Informationen zum RUF-Bildungsangebot per eMail unter ruf-akademie@ruf.de sowie über Telefon unter 0521/ 962 72 65.

Quelle: jugend&reisen informationsdienst 1 + 2/2001/AT

M. Migration und Ausländerpolitik

M1/01-3: Moderne Zuwanderungspolitik

Wenn wir über Zuwanderung reden, müssen wir uns auch um die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in die deutsche Gesellschaft kümmern. Trotz erheblicher Fortschritte in punkto Offenheit und Toleranz gibt es noch Defizite in der sozialen Integration. Auch die sprachliche Integration muß intensiver gefördert werden. Deutsch sprechen und verstehen zu können ist eine wichtige Voraussetzung für die Integration. Erfolgreiche Ausländerpolitik setzt neben dem Erwerb guter Sprachkenntnisse berufliche Integration durch Aus- und Weiterbildung, Umschulung, Einarbeitung und Verbesserung der Ausbildungssituation insbesondere ausländischer Jugendlicher und Frauen voraus. Das Zusammenleben zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen kann nur noch von Deutschen und Zuwanderern gemeinsam ausgestaltet werden. Auf Dauer ist es unerlässlich — über alle Unterschiede hinweg — zu einem Miteinander zu kommen. Einwanderung ist ein beidseitiger Anpassungsprozeß.

Quelle: SPD-Infodienst Nr. 5/2001

M2/01-3: Internationale Völkerwanderung noch ganz am Anfang

Die größte Einwanderung findet nach der Statistik der internationalen Organisation für Migration (IOM, Zweigstelle Bonn, Koblenzerstr. 99, 53177 Bonn, Tel: 0228-82094-0, Fax: 82094-60) nach wie vor in die USA statt: 25 Mill. Neueinwanderer, danach folgen Indien, Pakistan, Frankreich, Deutschland, Kanada, Saudi-Arabien, Australien, Großbritannien und Iran. Nach dem "World Migration Report 2000" schätzt die UN die derzeitige Gesamtzahl der Migranten weltweit auf 150 Millionen, wobei der Anteil der Flüchtlinge mit 14 Mill. zurückgegangen ist. Oft handelt es sich um saisonale Wanderungen, dauerhafte Auswanderung geht zurück. Osteuropa ist sowohl eine Ein- wie eine Auswanderungsregion; vor allem gibt es Zuwanderungen nach Tschechien, Ungarn und Polen. Ehemalige Auswanderungsländer wie Italien, Spanien, Portugal und Griechenland

sind selber Zuwanderungsländer geworden. Die Zunahme weltweiter Migration auf heute 150 Millionen hängt mit den hohen Geburtenraten in den Entwicklungsländern zusammen, durch die sich die Migration voraussichtlich weiter verstärken wird.

Quelle: DWO / AT

M3/01-3: "Die Weltküche" — ein Selbsthilfeprojekt von Migrantinnen und Migranten

Für Migranten und Migrantinnen, die HIV-positiv sind und in ihren Heimatländern keinen Zugang zur antiretroviralen Therapie haben, erteilt das Land Berlin aufgrund der noch geltenden Ausländer-Gesetze eine „Duldung“ aus humanitären Gründen (Aussetzung der Abschiebung). Sie erhalten Sozialhilfe in reduzierter Höhe, weil sie wie Asylbewerber eingestuft werden, und dürfen nicht erwerbstätig sein. Wenn sich ihre Gesundheit jedoch durch die Therapie verbessert, entsteht bei vielen doch der Wunsch, einer Arbeit nachzugehen. Deshalb hat sich eine Gruppe von HIV-Positiven überlegt, wie sie im Rahmen der geltenden rechtlichen Möglichkeiten berufliche Perspektiven entwickeln können, um in naher Zukunft Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis erhalten zu können.

In dem Projekt "Die Weltküche" haben sich einige HIV-positive Migranten und Migrantinnen zusammengefunden, die gerne kochen und in ihren Heimatländern damit bereits auf interkulturellen Veranstaltungen Erfolg hatten. Es wurde die Idee entwickelt, Restaurant zu eröffnen oder ein Catering-Service mit internationalen Spezialitäten zu betreiben. Nachdem die Berliner Aids-Hilfe die Trägerschaft des Projektes abgelehnt hatte, hat der Verein "Zukunft Positiv" der „Weltküche“ finanzielle und organisatorische Unterstützung gewährt. Das Hospiz „Zuhause im Kiez“ (ZIK) in Berlin-Kreuzberg stellte seine Küche und sein Café zur Verfügung. So kochen seit September letzten Jahres Mitarbeiter der "Weltküche", Deutsche, Nichtdeutsche, HIV-Positive und -Negative, jeden Mittwoch-Abend Gerichte aus aller Welt, die sie als Dreigang-Menü zum Preis von 5 DM anbieten, und hören dazu Salsa, Reggae, Boleros oder kambodschanische Schlager.

"Wir glauben," sagt Pablo Fernández, der Initiator dieses Projektes, "daß wir mit unse-

rer „Weltküche“ Weichen für unsere Zukunft in Deutschland stellen.“ Die Mitarbeiter sind glücklich, daß sie sich durch den Gewinn aus ihrer Arbeit die spärlich fließenden Spenden ergänzen können. Ihre Bemühungen sind inzwischen durch einen Preis für "die beste soziale Projektidee" in dem, unter anderem von der Unternehmensberatungsfirma McKinsey geförderten Wettbewerb "Start Social" honoriert worden.

Kontakt: Pablo.Fernandez@die-weltkueche.de

Quelle: Pablo Fernández

M / V. Veröffentlichungen

M4/01-3: Einwanderungsland Deutschland. Neue Wege nachhaltiger Integration. (Bonn: Dietz Verlag. Stiftung Entwicklung und Frieden 2001), ca. 200 S., ca. 24.80 DM, ISBN 3-8012-0312-3.

Die in der Vergangenheit ständig wiederholte Behauptung "Deutschland ist kein Einwanderungsland" war eine der nationalen Lebenslügen der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Seit den 50er Jahren sind zahlreiche Migranten in die Bundesrepublik Deutschland gekommen, die inzwischen zu Einwanderern geworden sind. Es gab zwar eine Vielzahl von Integrationsangeboten und -leistungen. Ein Gesamtkonzept war aber nicht erkennbar. Die Autoren: Wolfgang Barth, Hartmut Esser, Anton Rütten, Dietrich Thränhardt, Hans Dietrich von Loeffelholz, Jochen Welt fragen: Welche politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen sind nötig, um Einwanderern eine klare und eindeutige Perspektive in unserer Gesellschaft zu eröffnen? Wie teuer kommt es unsere Gesellschaft zu stehen, wenn Integrationsprozesse nicht gelingen, und welche wirtschaftlichen Auswirkungen hat Zuwanderung? Eine wichtige Frage ist, welches politische Selbstverständnis wir als Einwanderungs- und Zuwanderungsgesellschaft haben. Sind wir oder entwickeln wir uns zu einer solchen multikulturellen Gesellschaft, in der ethnische Unterscheidungen ein besonderes Gewicht erhalten? Oder ist das Ziel die rechtliche, soziale und politische Gleichstellung der zu uns kommenden Migranten und die Verhinderung sozialer Schichtungen entlang

ethnischer Abgrenzungen? Die Autoren regen zu Antworten auf die Frage an, wie die Zuständigkeiten für Integrations- und Eingliederungsangebote zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu geordnet werden können, um die vorhandenen Mittel effizienter einzusetzen.

M5/01-3: Rußlanddeutsche haben große Integrationsprobleme

Raimund Strobel und Wolfgang Kühnel haben unter dem Titel "Dazugehörig und ausgegrenzt" (Weinheim u. München 2000) die Lage der jugendlichen Aussiedler aus Osteuropa analysiert und festgestellt, daß drei Viertel schlechte Teilhabechancen in der deutschen Gesellschaft haben. Beinahe jeder Zuwanderer bringt einen russischen Ehepartner mit und lebt weiter in einer patriarchalistischen Familienstruktur, die eine Integration schwer macht. Der Anteil der "Rußlanddeutschen" entspricht inzwischen dem der türkischen Bevölkerung.

Quelle: FAZ (17.11.2000), S. 55

N. Nachrichten von unseren Mitgliedern

... vielmehr:

Mitglieder, über die wir keine Nachrichten mehr haben

Im Laufe der vergangenen Jahre sind uns einige Mitglieder abhanden gekommen, die ihre Adresse geändert haben, ohne dies der Geschäftsstelle mitzuteilen:

Suchdienst

Wer weiß etwas über den Aufenthalt folgender Mitglieder? (letzte Anschrift)

Frau **Milena Robbers**, 21107 / Georg-Wilhelm-Str. 52b

Frau **Claudia Lange**, 60316 / Bornheimer Landstr.

Jeder Austritt aus dem SSIP ist bedauerlich. Ärgerlich, rücksichtslos und unsolidarisch ist es jedoch, wenn Mitglieder sich auf diese Weise davonschleichen und uns allen Kosten hinterlassen, z.B. in Form von Bankgebühren für unversehens erloschene oder veränderte Konten.

.....**Tagungskalender**.....

Datum Ort	Titel	Kontakte
10-11.Sept. 2001 <i>Würzburg</i>	Attraktiv und weltoffen durch internationale Studiengänge: Die Tagung zielt darauf ab, einen Erfahrungsaustausch zur Entwicklung von Curricula mit Auslandsbezug zu ermöglichen. Wichtige Themen sind dabei die Akkreditierung und die Verstetigung von Studiengängen.	Veranstalter: Deutscher Akademische Austauschdienst (DAAD) Kontakt: Dr. Siegbert Wuttig, Tel: 0228/882349, Email: wuttig@daad.de
21.-22.Sept.2001 <i>Marburg</i>	Identitätenwandel und nationale Mobilisierung in Westpreußen, Galizien und der Bukowina vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. Die Tagung umfaßt drei Sektionen: 1. Die Nationalisierung der Gesellschaft, 2. Nationale Sammlung und multinationales Territorium, 3. Die Vermittlung der Nation: Eliten, Elitenwandel und Konfession.	Veranstalter: Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg und Herder-Institut Marburg Kontakt: Prof.Dr. Ralph Schattkowsky, Universität Rostock, Historisches Institut, Tel: 0381/4982712, Fax: 0381/4982720
24.9.-30.Okt. 2001 <i>Potsdam</i>	"Weltreligionen-Weltfrieden-Weltethos": Die Ausstellung möchte einladen, die Welt der Religionen besser kennen zu lernen und die Bedeutung ihrer ethischen Botschaften für unsere heutige Gesellschaft besser zu verstehen.	Veranstalter: Stiftung Weltethos, Verein BeDiTo e.V., Stadt- und Landesbibliothek Potsdam Veranstaltungsort: Stadt- und Landesbibliothek Potsdam, Am Kanal 47, 14467 Potsdam.
26.-27.Okt. 2001 <i>Berlin</i>	Europa - ein "Laboratorium" der neuen europäischen Rechten?	Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin; siehe Meldung A1/01-3 Kontakt: Brigitte Moll, Ev. Akademie, Tel.: 030/203 55 515, e-mail: moll@eaberlin.de Anmeldung bis 16.10.2001 Tagungsbeitrag (mit Essen): 20-100DM
26.-29.Okt.2001 <i>Arnsha/Tanzania</i>	Weltkongreß der <i>Society for International Development</i> In Arnsha/Tanzania wird der kommende SID-Weltkongreß durchgeführt. Der Tagungsort liegt 40 Km vom <i>Kilemanjaro International Airport</i> entfernt und die beste Flugverbindung erfolgt durch KLM vier mal wöchentlich ab Amsterdam.	Kongreß-Anmeldung bei SID: Via Panisperna, 207. In 00184 Rom (Fax: 003906-4872170) Visum und Gelbfieberimpfung sind erforderlich. Unterkunft vermittelt Rickshaw Travel Limited (Fax: 255222113227 und 2600424).
14.-15.Nov. 2001 <i>Berlin</i>	Über die Grenzen hinweg - Globales Management seit den 70er Jahren	Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn und anderer; Kontakt: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Tel.: 030/7877070, Fax: 030/78770750; E-Mail: info@willy-brandt.org; Internet: http://www.willy-brandt.org
6.-8.Dez. 2001 <i>Tampere/Finnland</i>	Jahreskonferenz der European Association for International Education Behandelt werden alle Probleme internationalen akademischen Austausches und der Arbeit akademischer Auslandsämter. Der Präsident der EAIE, Wedigo de Vianco, kommt von der FU Berlin.	Veranstalter: EAIE — Sekretariat: PO Box 11189 in 1001 GD Amsterdam, Niederlande; Tel: 003120-5254999, Fax: 525 49 98. Das Programm ist im Internet unter www.eaie.org abrufbar.

19. März 2002 <i>Den Haag / Niederlande</i>	The global higher education market; shifting roles, changing rules	Veranstalter: Nuffic (Netherlands organization for international cooperation in higher education) Kontakt: Linda Koper, fax: (31) 070 4260229; Email: lkoper@nuffic.nl
--	--	---

.....**Einladung**.....

zur Tagung von Thomas-Morus-Akademie, transfer e.V. und Sozialwissenschaftlichem Studienkreis für internationale Probleme e.V.

Jugendarbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Interkulturelles Lernen in Migrantenarbeit und internationaler Begegnung

Zu dieser Studienkonferenz laden nach Bensberg ein:

Dr. Wolfgang Isenberg (TMA), Dr. Werner Müller (transfer), Ulrich Zeuschel (SSIP)

Bensberg, Kardinal-Schulte-Haus, Di 6.11. – Mi 7.11.2001

Internationaler Jugend- und Schüleraustausch, Antirassismusprojekte, Jugendarbeit mit Migrantinnen und Migranten und Trainings für internationale Teamfähigkeit: alle diese Tätigkeitsfelder möchten "interkulturelles Lernen" fördern. Dennoch scheinen Welten zwischen ihren jeweiligen theoretischen Inspirationen und sozialen Realitäten zu liegen. Was können diese unterschiedlichen "Milieus" in Wissenschaft und Praxis von- und miteinander lernen?

Sektionen:

Dienstag:

Auf dem Weg zu einer "Pädagogik der Differenz" (Dr. Andreas Thimmel, Alwin Proost, Wolfgang Barth)

Interkulturelles Lernen "vor der Haustür"? Migrantinnen und Migranten in Deutschland (Michael Kreuzer, Karin Meisner, Susanne Öfinger, Berrin Özlem Otyakmaz, Axel Pohl, Dr. Erol Yildiz)

"Die Hutmacher" — ein Kurzfilm zum "Leben in kultureller Vielfalt". Gespräch mit dem Regisseur und Autor Christian Hampe.

Mittwoch

Interkulturelles Lernen auf Reisen? Internationale Jugendarbeit und -begegnung (Hüseyin Ayvaz, Rubeena Esmail-Armdt, Andreas Groß, Ina Benigna-Hellert, Peter Rummel)

Interkulturelles Lernen in der Einwanderungsgesellschaft? (Prof. Dr. Günther Friesenhahn)

Thomas-Morus-Akademie Bensberg
Overrather Straße 51-53
51429 Bensberg
Tel. (0224) 40 84 72
Fax (0224) 40 84 20
eMail: akademie@tma-bensberg.de
URL: <http://www.tma-bensberg.de>